



„Es tut sich einiges“

Steuern » Clemens Fuest, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), erwartet höhere Steuern in Deutschland und hält die staatliche Förderung der Altersvorsorge für verfehlt

VON MARIO MÜLLER-DOFEL

Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD sind in vollem Gange. Gerangelt wird vor allem um die Steuerpolitik. Offiziell lehnt die CDU Steuererhöhungen weiter ab, sogar in Person von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Dagegen warnen SPD-Spitzenpolitiker wie Generalsekretärin Andrea Nahles und Niedersachsens Ministerpräsident Ste-

phan Weil, höhere Steuern seien „unumgänglich“. Das sieht auch Clemens Fuest (45) so, Ökonomieprofessor, ZEW-Präsident und Berater von Schäubles Finanzministerium. Im Interview erklärt er die Gründe und räumt mit so manchem Vorurteil auf.

euro AM SONNTAG: Herr Fuest, die Steuerpolitik ist in den Koalitionsverhandlungen heiß umstritten. Was glauben Sie: Werden wir bald mehr Steuern zahlen?

CLEMENS FUEST: Eine Legislaturperiode dauert vier Jahre, da kann eine Menge passieren. Und wenn eine große Koalition kommt, muss die SPD ihr Gesicht wahren. Für die CDU/CSU wäre das allerdings riskant. Die CDU hat ja vor allem deshalb ein gutes Wahlergebnis erzielt, weil sie Steuererhöhungen ausgeschlossen hat.

Insbesondere geht es um den Spitzensteuersatz, der schon im Bundestagswahlkampf umstritten war.

Was wäre so schlimm daran, ihn zu erhöhen? Das würde doch nur relativ wenige Leute betreffen. Eben, deshalb würde der Staat mit dieser Maßnahme auch nicht viel Geld einnehmen. Es könnte sogar sein, dass die Politik letztlich mit weniger Einnahmen dasteht.

Wie kommen Sie darauf? Großbritannien zum Beispiel hat den Spitzensteuersatz im Jahr 2010 von 40 auf 50 Prozent erhöht. Rein rechnerisch hätten die Steuerein-

nahmen aus der entsprechenden „Zielgruppe“ um 25 Prozent steigen müssen. Tatsächlich aber sind sie zumindest im ersten Jahr nach der Erhöhung gegenüber dem Vorjahr deutlich gefallen, weil die Spitzenverdiener Vermeidungsstrategien entwickelt haben.

Viele Deutsche haben den Eindruck, dass unser Staat ihnen schon lange immer tiefer ins Portemonnaie greift. Zu Recht? Das kann im Einzelfall stimmen – insgesamt aber nicht. In Deutschland liegt der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt schon seit langer Zeit stabil zwischen 20 und 23 Prozent, derzeit eher am oberen Ende dieser Spanne. Hinzu kommen die Sozialabgaben, aber auch die sind in den letzten Jahren recht stabil geblieben.

Sie vertreten die These, dass die Staatsschulden von heute zwangsläufig die Steuern von morgen sind. Und sie verweisen auf die kommenden Lasten, die ohne höhere Steuern nicht zu stemmen sind. Aber es gibt doch auch den anderen Weg, mit Geld auszukommen: Ausgaben kürzen. Theoretisch ist das richtig. Doch der Druck auf den Staat, mehr Geld auszugeben, nimmt zu. Das gilt allein schon deshalb, weil die Zahl der Rentner, Kranken und Pflegebedürftigen steigt. Deshalb können wir nicht erwarten, Kosten höherer heutiger Verschuldung künftig allein durch Ausgabenkürzungen aufzufangen. Aus diesem Grund ist die Schuldenbremse für Bund und Länder so wichtig.

Die Kosten aufgrund des demografischen Wandels erscheinen zumindest berechenbar. Anders bei der Eurokrise. Sie spielt derzeit in den großen Parteien keine große Rolle. Haben wir das Größte hinter uns?

Das werden wir noch sehen. Zunächst einmal ist aus einer kapitalmarktgetriebenen Krise eine politische und soziale Krise geworden. Die Europäische Zentralbank hat die Finanzmarktakteure beruhigt, weil die am lautesten geschrien haben – und ihnen die Haftung der Steuerzahler angeboten. Das heißt, die Anleger sind jetzt zufrieden, aber die Steuerzahler fürchten sich.

Das klingt abstrus. Die meisten Anleger sind doch gleichzeitig Steuerzahler.

Richtig, trotzdem gibt es wichtige Unterschiede: Ein Euro Verlust auf dem Sparkonto bleibt ein Euro Verlust eines Gläubigers. Wenn die Politik aber den Gläubiger schont und das Geld über Steuern eintreibt, verursacht sie Ausweichreaktionen, so dass pro eingenommenem Steuer-Euro noch einmal 40 bis 50 Cent an Mehrkosten entstehen. Außerdem wäre es ungerecht, wenn die Steuerzahler bluten müssten, um Investoren Verluste zu ersparen.

Welche steuerpolitischen Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht in Deutschland die wichtigsten?

Wir müssen einerseits bei den Ausgaben die richtigen Prioritäten setzen. Andererseits sollte das Steuersystem effektiver und wachstumsfreundlicher werden.

Das fordern Ökonomen schon gefühlte 50 Jahre. Warum passiert dennoch das Gegenteil?

Steuerreformen sind vor allem dann schwierig, wenn sie aufkommensneutral sein müssen, denn dann gibt es zwangsläufig Gewinner und Verlierer. Und da die Politik von den Verlierern härter bestraft als von den Gewinnern belohnt wird, vermeiden Regierungen in Zeiten knapper Kassen große Steuerreformen.

Laut Bund der Steuerzahler liegen die deutschen Staatsschulden derzeit bei fast 2,1 Billionen Euro – und steigen um 1123 Euro pro Sekunde. Glauben Sie, dass dieser Wahnsinn durch die Schuldenbremse tatsächlich beendet wird?

Da bin ich optimistisch. Die Schuldenbremse wirkt ja heute schon, weil der Bund sein Defizit abbauen muss. Allein die Debatten darüber bremsen sowohl das Ausgabenwachstum als auch die Bereitschaft, Steuern auf Pump zu senken. Positiv ist: Union, SPD und Grüne sind sich darin einig, dass sie auf die Schuldenbremse treten müssen. Auch bei den Ländern tut sich einiges. Kürzlich habe ich in einem Gutachten für das Land Bayern beschrieben, wie man sicherstellen kann, dass die Schuldenbremse auf Länderebene ernst genommen wird.

Trotz des Schuldenproblems muss die neue Bundesregierung für mehr Wachstum sorgen. Als Schlüsselfaktor gelten Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Warum gibt Deutschland dafür – gemessen an der Nettoinvestitionsquote vom Bruttoinlandsprodukt – weit weniger aus als viele andere Länder?

So schlecht sieht es bei uns nicht aus! Die Ausgaben für Forschung und

Entwicklung steigen seit Jahren. In den Landesteilen, in denen die Bevölkerung sinkt, sollten wir eher weniger in Infrastruktur investieren. Natürlich könnte der Staat in bestimmten Bereichen mehr tun. Aber dann müssten wir Steuern erhöhen oder andere Ausgaben infrage stellen, zum Beispiel beim größten Ausgabenposten, den Sozialausgaben.

Und wo hier konkret?

Brauchen wir wirklich ein Betreuungsgeld oder wäre das Geld besser in Schulen investiert? Wir müssen auch Subventionen für erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Altersvorsorge hinterfragen, weil sie häufig die Ziele verfehlen.

Was haben Sie gegen die staatliche Förderung der Altersvorsorge?

Die fördert vor allem den Finanzsektor, der sich das Geld in Form von Vertriebsgebühren in die Tasche steckt. Außerdem brauchen viele von denen, die fürs Alter vorsorgen, keine Förderung, weil sie ordentlich verdienen.

Es gibt aber auch Menschen, die zu wenig verdienen, um etwas für die Altersvorsorge zurücklegen zu können. Denen droht Altersarmut. Wie würden Sie dem vorbeugen?

Wer gar nicht sparen kann, braucht Hilfen. Aber das ist eine Minderheit. Für die anderen geht es auch ohne Zwang und teure Förderung. Man könnte zum Beispiel vorsehen, dass ein Teil des Gehalts automatisch in die Alterssparmis fließt, es sei denn, die Arbeitnehmer beantragen, davon ausgenommen zu werden. Aber das Geld sollte bitte in transparente Produkte mit geringen Gebühren investiert werden.

Die Altersvorsorge als Zwangsbabbe? Das klingt wie eine „Alterssteuer“.

Nein, die Leute müssten allerdings aktiv werden, um den Automatismus zu stoppen. In unserem heutigen System müssen sie aktiv werden, um die Altersvorsorge zu starten – und dazu rafften sich nicht alle auf, denen es möglich wäre.

Das Problem intransparenter Produkte und Gebühren bliebe aber.

Da helfen nur Aufklärung und mehr Wettbewerb im Finanzsektor. Leider lehnen die meisten Deutschen es ab, für unabhängige Beratung zu zahlen. Sie gehen lieber zu Beratern, bei denen die Gebühren versteckt sind, etwa in Fondsnebenkosten. Ich fände es gut, wenn bei staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukten Gebühren so transparent ausgewiesen werden müssten wie der Effektivzins bei Immobiliendarlehen.

Sorgen Sie fürs Alter vor?

Ja, ich habe sogar einen kleinen Riester-Renten-Vertrag.

Obwohl Sie so kritisch sind?

Ich habe ein Onlineprodukt mit geringeren Vertriebskosten.

PERSONALIE

Urgestein verlässt IBM



Der langjährige Finanzchef von IBM, **Mark Loughridge** (59, Foto), geht zum Jahresende in Pension. Loughridge, der 1977 bei IBM anheuerte, steht seit rund einem Jahrzehnt an

der Spitze des Finanzressorts und damit so lange wie kein anderer seiner Vorgänger in der 102-jährigen Unternehmensgeschichte von Big Blue. Nachfolger von Loughridge wird IBM-Mann **Martin Schroeter** (49). Schroeter tritt ein schweres Erbe an. Loughridge genoss an der Wall Street hohes Ansehen und gilt als einer der Haupttreiber hinter IBMs Strategiewechsel. Der US-Riese hat sich in den vergangenen Jahren weitgehend aus dem margenschwachen Hardwaregeschäft zurückgezogen und sich aufs lukrativere Dienstleistungsgeschäft konzentriert.

Deutsche Bank statt Boeing

Die Deutsche Bank tauscht ihren IT-Chef aus. **Anthony McCarthy** werde die Bank Ende nächster Woche verlassen, teilte der deutsche Branchenprimus jetzt mit. Seine Nachfolgerin als Chief Information Officer (CIO) wird **Kim Hammonds**, die vom US-Flugzeugbauer Boeing kommt. Dort hatte sie die gleiche Funktion bekleidet. Der CIO untersteht bei der Deutschen Bank dem für das Tagesgeschäft zuständigen Vorstand (COO) **Henry Ritschotte**. Zu den Gründen für den Wechsel äußerte sich die Bank nicht. McCarthy, der seit 1997 bei der Deutschen Bank arbeitet und 2011 zum CIO befördert worden war, wolle sich anderen beruflichen Aufgaben widmen, hieß es. In der Bank hatten sich Finanzkreisen zufolge zuletzt die Probleme mit der IT gehäuft. Der Branchenprimus ist seit einiger Zeit dabei, die Zahl seiner IT-Systeme zu reduzieren, um den Betrieb zu vereinfachen und die Kosten zu senken.

WAS WURDE AUS ...



1999



2013

Name: **Henning Kagermann**

Geboren am: **12.07.1947**

Früher bekannt als: **SAP-Chef**

Und heute? Henning Kagermann gehörte in seiner Zeit bei SAP zu den beliebtesten Chefs. Bei dem Softwarekonzern mit seinen anspruchsvollen Mitarbeitern ist das nicht selbstverständlich. Kagermanns Nachfolger an der SAP-Spitze, Leo Apotheker, war in Walldorf nicht sonderlich gelitten. Kagermann dagegen hat sich mit seiner ruhigen und ausgleichenden Art viele Sympathien erworben – auch außerhalb des Unternehmens. Nach seinem altersbedingten Ausscheiden 2009 hat der ehemalige Professor für Theoretische Physik einen Neuanfang gewagt. Statt nach einer Übergangszeit in den SAP-Aufsichtsrat zu wechseln, hat der stets freundliche Braunschweiger den Posten als Präsident der Akademie der Technikwissenschaften (Acatech) übernommen. 2010 kam der Vorsitz der neu gegründeten Plattform Elektromobilität hinzu. Von dort aus macht Kagermann seither PR für E-Autos, ruhig und mit der Überzeugungskraft des Naturwissenschaftlers.